

## **Niederschrift**

über die 29. öffentliche Sitzung  
**des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr**  
am Donnerstag, 04.12.2008, 17.00 Uhr,  
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

**Anwesende:** Siehe Anwesenheitsliste  
(Bestandteil der Niederschrift)

### **Tagesordnung:**

- |    |  |             |
|----|--|-------------|
| 1. | Aufhebung von nicht mehr erforderlichen Aufstellungsbeschlüssen durch die Stadtverordnetenversammlung                  | 101.16.1112 |
| 2. | Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. V/46 A "Ehemaliges KVG-Depot" (Offenlegungsbeschluss)                               | 101.16.1113 |
| 3. | Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/46 "Auebad" (Aufstellungsbeschluss)   | 101.16.1114 |
| 4. | Gelände der ehemaligen Schießstände an der Dachsbergstraße   | 101.16.1048 |
| 5. | Umgestaltung der Kreuzungen und Unterführungen Frankfurter Straße/Fünffensterstraße (Trompete) und Holländischer Platz | 101.16.1100 |
| 6. | Befahrbarkeit der Treppenstraße für Rollstuhlfahrer  | 101.16.1106 |
| 7. | Verbesserung der Kommunikation über den Ablauf von Straßenbausanierungen   | 101.16.1107 |
| 8. | Konzept für die verkehrliche Erschließung des neuen Kombibades   | 101.16.1142 |
| 9. | Graffiti   | 101.16.1146 |

Vorsitzender Spitzenberg eröffnet die mit der Einladung vom 24.11.2008 ordnungsgemäß einberufene 29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## Zur Tagesordnung

Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen, so dass Vorsitzender Spitzenberg die Tagesordnung in der vorliegenden Form feststellt.

### **1. Aufhebung von nicht mehr erforderlichen Aufstellungsbeschlüssen durch die Stadtverordnetenversammlung**

Vorlage des Magistrats

- 101.16.1112 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Aufhebung der in Anlage 2 aufgeführten Aufstellungsbeschlüsse wird zugestimmt. Aus Gründen der Rechtsklarheit ist dieser Aufhebungsbeschluss entsprechend § 1 (8) und § 2 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.“

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr fasst nach kurzer Aussprache bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

## **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Aufhebung von nicht mehr erforderlichen Aufstellungsbeschlüssen durch die Stadtverordnetenversammlung, 101.16.1112, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Lappöhn

## **2. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. V/46 A "Ehemaliges KVG-Depot" (Offenlegungsbeschluss)**

Vorlage des Magistrats  
- 101.16.1113 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Entwurf des Bebauungsplanes der Stadt Kassel Nr., V/46 A „Ehemaliges KVG-Depot“ und der Behandlung der Anregungen aus der Behördenbeteiligung wird zugestimmt.

Das Verfahren wird gemäß § 13 a Baugesetzbuch als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren durchgeführt.

Der Bebauungsplan wird öffentlich ausgelegt.“

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Ablehnung: Kasseler Linke.ASG

Enthaltung: --

den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. V/46 A "Ehemaliges KVG-Depot" (Offenlegungsbeschluss), 101.16.1113, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schild

### **3. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/46 "Auebad" (Aufstellungsbeschluss)**

Vorlage des Magistrats  
- 101.16.1114 -

#### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Für das Gebiet des Auebades beginnend an der Schwimmbadbrücke bis zum Vereinsgelände der Wassersportvereinigung Kassel e.V. (WVC) und von der Fulda bis zur Karlsaue soll gemäß § 30 Baugesetzbuch ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Ziel der Planung ist es, die planungsrechtliche Grundlage für die Entwicklung des Standortes zum kombinierten Sportbad mit Frei- und Hallenschwimmbereichen zu schaffen.“

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr fasst bei  
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne (1), FDP  
Ablehnung: Kasseler Linke.ASG  
Enthaltung: B 90/Grüne (1)  
den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/46 "Auebad" (Aufstellungsbeschluss), 101.16.1114, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Beig

- 4. Gelände der ehemaligen Schießstände an der Dachsbergstraße**  
Antrag der FDP-Fraktion  
- 101.16.1048 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zu erstellen für eine neue Nutzung des Geländes der ehemaligen Schießstände an der Dachsbergstraße, nördlich der Hessischen Landesfeuerweherschule.

Nach kurzer Aussprache stellt Vorsitzender Spitzenberg fest, dass auf Wunsch des Stadtverordneten Lippert, FDP-Fraktion, die Behandlung des Tagesordnungspunktes bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses zurückgestellt wird.

### **Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.**

- 5. Umgestaltung der Kreuzungen und Unterführungen Frankfurter Straße/Fünffensterstraße (Trompete) und Holländischer Platz**  
Anfrage der FDP-Fraktion  
- 101.16.1100 -

### **Anfrage**

Wir fragen den Magistrat:

Gibt es seitens des Magistrats Planungen zur Umgestaltung der Kreuzungen und Unterführungen Frankfurter Straße/Fünffensterstraße (Trompete) und Holländischer Platz?

Wenn ja, welche und in welchem Zeitrahmen?

Stadtverordneter Lippert begründet die Anfrage der FDP-Fraktion, die anschließend von Stadtbaurat Witte beantwortet wird.

Nach kurzer Aussprache stellt Vorsitzender Spitzenberg fest, dass die Anfrage erledigt ist.

### **Die Anfrage ist beantwortet.**

## 6. **Befahrbarkeit der Treppenstraße für Rollstuhlfahrer**

Antrag der FDP-Fraktion

- 101.16.1106 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, ob und wie durch bauliche Maßnahmen sichergestellt werden kann, dass der Mittelweg der Treppenstraße für Rollstuhlfahrer ohne fremde Hilfe in beide Richtungen befahrbar ist. Das Ergebnis ist in der ersten Ausschusssitzung des Jahres 2009 vorzustellen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr fasst nach kurzer Aussprache bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, FDP

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne

Enthaltung: --  
den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Befahrbarkeit der Treppenstraße für Rollstuhlfahrer, 101.16.1106, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

## **7. Verbesserung der Kommunikation über den Ablauf von Straßenbausanierungen**

Antrag der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1107 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, das Verfahren bei anstehenden Straßenbausanierungen, die über das Kommunalabgabengesetz finanziert werden, transparenter zu gestalten und die Kommunikation zu den Anliegern zu verbessern. Der zeitliche Rahmen geplanter Sanierungen sowie der Kostenrahmen sollen den Anwohnern rechtzeitig dargestellt werden. Gleichzeitig sind die Anwohnerinnen und Anwohner zu informieren, wie sie bei der Planung beteiligt werden, bzw. wie sie Eingaben für die Planungen vorbringen können. Ebenso muss die Notwendigkeit der Maßnahme transparent dargestellt werden.

Das Entscheidungsrecht der Ortsbeiräte hinsichtlich der Umgestaltung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen gemäß §3 Nr. 6 der Geschäftsordnung für Ortsbeiräte muss eingehalten werden.

Stadtverordneter Rönz begründet den Antrag der Fraktion B90/Grüne, den er nach ausführlicher Aussprache insofern ändert, als im Punkt 1, zweite Zeile, die Worte „die über das Kommunalabgabengesetz finanziert werden“ gestrichen werden und ein neuer Absatz 3 hinzugefügt wird.

#### **➤ Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, das Verfahren bei anstehenden Straßenbausanierungen transparenter zu gestalten und die Kommunikation zu den Anliegern zu verbessern. Der zeitliche Rahmen geplanter Sanierungen sowie der Kostenrahmen sollen den Anwohnern rechtzeitig dargestellt werden. Gleichzeitig sind die Anwohnerinnen und Anwohner zu informieren, wie sie bei der Planung beteiligt werden, bzw. wie sie Eingaben für die Planungen vorbringen können. Ebenso muss die Notwendigkeit der Maßnahme transparent dargestellt werden.
2. Das Entscheidungsrecht der Ortsbeiräte hinsichtlich der Umgestaltung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen gemäß §3 Nr. 6 der Geschäftsordnung für Ortsbeiräte muss eingehalten werden.

- 3. Für die Verbesserung der Kommunikation sollten folgende Maßnahmen geprüft werden:**
- **bessere Information im Rathaus und im Internet über die finanzielle Beteiligung der Bevölkerung bei Straßensanierungen**
  - **transparentere Informationen über die Notwendigkeit der Maßnahmen**
  - **die Darstellung einer Grobplanung über künftige Maßnahmen**
  - **eine deutlich frühere Beteiligung der AnwohnerInnen bei den Planungen**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr fasst bei  
Zustimmung: einstimmig  
Ablehnung: --  
Enthaltung: --  
den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Verbesserung der Kommunikation über den Ablauf von Straßenbausanierungen, 101.16.1107, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Lippert

- 8. Konzept für die verkehrliche Erschließung des neuen Kombibades**  
Antrag der FDP-Fraktion  
- 101.16.1142 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, vor dem Baubeginn des neuen Kombibades ein Konzept für die verkehrliche Erschließung zu erstellen. Dabei sollen insbesondere folgende Schwerpunkte beachtet werden:

- a) ein neuer Fuß- und Radweg
- b) eine ausreichende Straßenbreite, passend für 2 Busse nebeneinander
- c) genügend Parkplätze, sowohl für PKW als auch für Busse

Die entsprechenden Kosten sind jeweils zu ermitteln.

Das Konzept und die Kostenkalkulation sind in schriftlicher Form im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr vorzustellen.

Stadtverordneter Lippert begründet den Antrag der FDP-Fraktion und ändert den Antrag der FDP-Fraktion nach ausführlicher Diskussion wie folgt ab:

➤ **Geänderter Antrag der FDP-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, **im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens für ein neues Kombibad** ein Konzept für die verkehrliche Erschließung zu erstellen. Dabei sollen insbesondere folgende Schwerpunkte beachtet werden:

- a) ein neuer Fuß- und Radweg
- b) eine ausreichende Straßenbreite, passend für 2 Busse nebeneinander
- c) genügend Parkplätze, sowohl für PKW als auch für Busse

Die entsprechenden Kosten sind jeweils zu ermitteln.

Das Konzept und die Kostenkalkulation sind in schriftlicher Form im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr vorzustellen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, FDP

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne

Enthaltung: --

den

## **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der FDP-Fraktion betr. Konzept für die verkehrliche Erschließung des neuen Kombibades, 101.16.1142, wird **abgelehnt**.

Für die Fraktion Kasseler Linke.ASG bringt Stadtverordneter Selbert folgenden Änderungsantrag ein:

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, vor einer Standortentscheidung der Stadtverordnetenversammlung zum Hallenbadneubau ein Konzept für die verkehrliche Erschließung zu erstellen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

den

## **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG zum Antrag der FDP betr. Konzept für die verkehrliche Erschließung des neuen Kombibades, 101.16.1142, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in:            Stadtverordnete Dr. Junker-John

### **9. Graffiti**

Anfrage der CDU-Fraktion  
- 101.16.1146 -

#### **Anfrage**

Wir fragen den Magistrat:

1. Wo sind in den letzten 6 Monaten in der Stadt Kassel verstärkt Verunstaltungen durch Graffiti bekannt geworden?
2. Was unternimmt der Magistrat bzw. die Stadt zu deren Beseitigung?
3. Welche Kosten entstehen dadurch?
4. Ist bekannt, in wie vielen Fällen Strafanzeige erstattet wurde?
5. Sind durch diese Strafanzeigen Einnahmen für die Stadt durch die Beseitigung der Verunstaltungen durch die Verursacher selbst erzielt worden?
6. Liegen Untersuchungen darüber vor, welche Auswirkungen Graffiti auf das Stadtbild, die Attraktivität der Quartierslage und das Sicherheitsgefühl der Bürger hat und wie werden die diesbezüglichen Ergebnisse bewertet?

Stadtverordneter Dr. Wett begründet die Anfrage der CDU-Fraktion.

Stadtbaurat Witte sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage als Anlage zur Niederschrift zu. Mit Einverständnis des Stadtverordneten Dr. Wett erklärt Vorsitzender Spitzenberg den Tagesordnungspunkt damit für erledigt.

**Die Anfrage ist durch die schriftliche Antwort des Magistrats beantwortet.**

**Ende der Sitzung:**            18.15 Uhr

Alfons Spitzenberg  
Vorsitzender

Elisabeth Spangenberg  
Schriftführerin

## Anwesenheitsliste

zur 29. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Stadtentwicklung und Verkehr am  
**Donnerstag, 04.12.2008, 17.00 Uhr**  
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

### Mitglieder

Alfons Spitzenberg, CDU  
Vorsitzender

Volker Zeidler, SPD *i.V. Eideke*  
1. Stellvertretender Vorsitzender

Dieter Beig, B90/Grüne  
2. Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Monika Junker-John, SPD  
Mitglied

Ellen Lappöhn, SPD  
Mitglied

Manfred Merz, SPD  
Mitglied

Wolfgang Rudolph, SPD  
Mitglied

Dominique Kalb, CDU  
Mitglied

Wolfram Kieselbach, CDU  
Mitglied

Dr. Norbert Wett, CDU  
Mitglied

Gernot Rönz, B90/Grüne  
Mitglied

*for* Norbert Domes, Kasseler Linke.ASG *i.V. Axel Seibert*  
Mitglied

André Lippert, FDP  
Mitglied

*Spitzenberg*  
*Zeidler*

*Beig*  
*Dr. Junker-John*

*Lappöhn*

*Manfred Merz*

*i.V. M. Rudolph*

*Dominique Kalb*

*i.V. Kieselbach*

*Dr. Wett*

*Rönz*

*for Norbert Domes*

*A. Lippert*

**Teilnehmer mit beratender Stimme**

Bernd Wolfgang Häfner, FWG  
Stadtverordneter

\_\_\_\_\_

Nuray Yildirim, AUF Kassel  
Stadtverordnete

\_\_\_\_\_

Pasquale Malva,  
Vertreter des Ausländerbeirates

Malva

**Magistrat**

Norbert Witte, CDU  
Stadtbaurat

Witte

**Schriftführung**

Elisabeth Spangenberg,  
Schriftführerin

Spangenberg

**Verwaltung/Gäste**

Carl Olbre

Stadtplanung

Dieter Paul

PP-1/H1 Dir VS

Jörgen Delpho

Seniorenbeirat

Wolfgang Wacker

Behördenbeirat

Klaus Hesse

Filtrative Pro Raebad

Christian Sänker

//

POLZIK

- 66 -

**Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr am 04.12.2008**  
**Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Graffiti“, Vorlage-Nr. 101.16.1146**

**Frage 1: Wo sind in den letzten 6 Monaten in der Stadt Kassel verstärkt Verunstaltungen durch Graffiti bekannt geworden?**

Antwort: In den Stadtbezirken Nord, Wesertor, Harleshausen, Kirchditmold, Jungfernkopf, Wehlheiden und Niederzwehren treten besonders konzentriert Graffiti-Vorkommnisse auf. Darüber hinaus sind durch das Umwelt- und Gartenamt am Weinberggelände, Eingang Park Schönfeld (Natursteinmauer, Botanischer Garten), Natursteinmauer Altenbaunaer Straße (Lärmschutzwand) sowie an den Schildern in der Fuldaaue Verunstaltungen durch Graffiti gemeldet worden.

**Frage 2: Was unternimmt der Magistrat bzw. die Stadt zu deren Beseitigung?**

Antwort: Die Beseitigung von Graffiti und Schmierereien erfolgt durch die zuständigen Fachämter (Gebäudewirtschaft, Straßenverkehrsamt und Umwelt- und Gartenamt) umgehend, in der Regel durch eigene Mitarbeiter oder Beauftragung von Fachfirmen im Rahmen der zur Verfügungen stehenden finanziellen Mittel.

**Frage 3: Welche Kosten entstehen dadurch?**

Antwort: Im Bereich der Gebäudewirtschaft sind im Jahr 2008 ca. 50.000 € für die Beseitigung angefallen, beim Straßenverkehrsamt ca. 7.000 € und beim Umwelt- und Gartenamt hat die Beseitigung von vier Graffiti am Weinberg ca. 1.000 € gekostet.

**Frage 4: Ist bekannt, in wie vielen Fällen Strafanzeige erstattet wurde?**

Antwort: Im Bereich Gebäudewirtschaft wurden 18 Strafanzeigen und im Umwelt- und Gartenamt 2 Anzeigen erstattet.

**Frage 5: Sind durch diese Strafanzeigen Einnahmen für die Stadt durch die Beseitigung der Verunstaltungen durch die Verursacher selbst erzielt worden?**

Antwort: Die Strafanzeigen führten allesamt zu keinem Erfolg, somit konnten keine Einnahmen für die Stadt erzielt werden.

**Frage 6: Liegen Untersuchungen darüber vor, welche Auswirkungen Graffiti auf das Stadtbild, die Attraktivität der Quartierslage und das Sicherheitsgefühl der Bürger hat und wie werden die diesbezüglichen Ergebnisse bewertet?**

Antwort: Bei den zuständigen Fachämtern liegen keine Untersuchungen bzw. Informationen hierzu vor.

  
Norbert Witte  
Stadtbaurat